

PROTEST



- Rechte erkämpfen
- Protest von A bis Z – ein Glossar
- Nationale und internationale Protestbewegungen
- Didaktische Impulse



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wer nach wichtigen nationalen Stationen des Protests seit den 1960er-Jahren fragt, erhält in Österreich als Antwort meist die Arenabesetzung, die Proteste gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, die Besetzung der Hainburger Au, das Lichtermeer sowie die Proteste gegen „Schwarz-Blau“. Das Jahr 1968 wird seltener genannt. Das wundert nicht weiter, denn 1968 ist zwar als Chiffre für Protest und Widerstand in unseren Köpfen verankert, jedoch nicht verknüpft mit einprägsamen Ereignissen im Land. Unbestritten ist allerdings, dass die gesellschaftlichen Umwälzungen, die aus der 1968er-Bewegung hervorgegangen sind, auch vor Österreich nicht halt gemacht haben, selbst wenn der Mai 68 bei uns nicht mehr als eine „heiße Viertelstunde“ war (nach der ORF-Sendung von Topsy Küppers und Georg Kreisler).

2018 jähren sich die Ereignisse um das Jahr „68“ ebenso wie jene um Zwentendorf, wir lenken daher in diesem polis aktuell den Blick auf das Protestieren an und für sich, auf den Protest als Mittel des Aufzeigens von Missständen und des gesellschaftlichen Mitgestaltens. Wir betrachten verschiedene Formen von Protest und Widerstand und gehen der Frage nach, wie der Kampf des Einzelnen um sein Recht in einem Zusammenhang mit der Fortentwicklung des Rechtssystems steht.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und viel Freude bei der Umsetzung des Themas im Unterricht.

Ihr Team von Zentrum polis
service@politik-lernen.at



Schlagwort Protest:

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/tags/Protest/
 Proteste von Prag über Paris bis Palo Alto und im Pazifischen Raum: www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1968/

Beitrag zur Leseförderung



**Wach auf, wenn du dich traust.
 Ein Roman über Zivilcourage**

Mohr, Angela. Würzburg: Arena Verlag, 2018. 264 Seiten. Ab 12 Jahren.

Jenny geht mit achtzehn weiteren Jugendlichen zum Zelten. Der Leiter der Zeltfreizeit Markus hat spezielle Methoden, mit denen er den Jugendlichen u.a. Disziplin beibringen will. Jenny wendet sich von Anfang an gegen dessen Willkürmaßnahmen. Markus gelingt es jedoch, Jenny und ein paar Außenseiter vom Rest der Gruppe zu isolieren und letztere vor allem gegen Jenny aufzubringen. Dies führt schließlich dazu, dass Jenny von einigen Jugendlichen brutal zusammengeschlagen wird und ins Koma fällt. Die durch Markus bisher verblendete Gruppe kommt zur Besinnung und organisiert am Krankenbett von Jenny eine jeweils halbstündige Dauerbetreuung. Am Ende des Textes wird klar herausgestellt, dass

Zivilcourage eine wesentliche Tugend ist, die demokratische Systeme im Großen wie im Kleinen brauchen.

Unterrichtserarbeitung:

www.arena-verlag.de/artikel/wach-auf-wenn-du-dich-traust-978-3-401-51064-4



VWA BHS-DIPLOMARBEIT.AT

Themenvorschläge für vorwissenschaftliche Arbeiten und Diplomarbeiten

- Wichtige Protest- und Bürgerrechtsbewegungen in Österreich (Ziele, Formen, Verläufe)
- Die Studierendenproteste 1968 und die „Uni brennt“-Bewegung 2009/2010 in Österreich im Vergleich (Organisation, Verlauf, Zielsetzungen und Ergebnisse)
- Frauenrechtsbewegungen gestern und heute. Von der ersten Frauenbewegung bis zur #MeToo-Bewegung
- Geschichte der Umweltproteste in Österreich
- Gewaltfreier Widerstand (Formen, Zielsetzungen, historisch bedeutsame Protestaktionen, Ergebnisse, aktuelle Beispiele)
- Protest und Demokratie: Welche Rechte haben Bürger und Bürgerinnen? Welche Menschenrechte sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig?

1 Rechte erkämpfen

Der Kampf um Leben, Freiheit und Gerechtigkeit zieht sich durch alle Epochen der Menschheitsgeschichte.

Die 1948 verabschiedete Charta der Menschenrechte beschreibt die elementaren Rechte, die für ein gutes Leben für alle notwendig sind. Die Charta war und ist ein wichtiges Leitdokument für den individuellen und kollektiven Kampf um Menschenrechte weltweit. Auch 70 Jahre nach ihrer Verabschiedung ist sie keineswegs in allen Punkten und überall auf der Welt anerkannt und erfüllt, obwohl inzwischen eine Reihe bindender internationaler Abkommen entwickelt wurde.

In jeder Gesellschaft existieren zahlreiche unterschiedliche Interessen, die von verschiedenen Gruppen und einzelnen Individuen vertreten werden und einander entgegenstehen können. Deshalb ist ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess von allgemein gültigen Normen, die Orientierung bieten und für ein friedliches Zusammenleben notwendig sind, erforderlich.

Jedes Individuum kann Mitglied mehrerer sozialer Gruppen sein, die für ihre jeweiligen Interessen und Rechte eintreten. Zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel der rechtlichen Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren, werden unterschiedliche Positionen vertreten. Hier ist darauf zu achten, dass sich die menschenrechtskonforme(re) durchsetzt – unabhängig davon, ob sie von der herrschenden Elite oder der breiten Masse vertreten wird. Dies gilt ebenso in Bezug auf alle anderen sozialen Standards, die in den Artikeln 22 bis 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) festgeschrieben sind: der Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung, der Schutz vor Armut und Hunger, das Verbot von Kinderarbeit, Arbeitsschutz, die Zahlung eines angemessenen Lohns oder auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

In Demokratien existieren zur Durchsetzung von Rechten andere legale Möglichkeiten als etwa in feudal organisierten Gesellschaften oder Diktaturen.

Humanitärer Fortschritt und wirtschaftlicher Wiederaufbau
Mehr dazu auf:
www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1948/

ÖSTERREICH
1918plus

Die Abschaffung der Sklaverei sowie der Leibeigenschaft, das Recht auf Privateigentum, das Recht auf freie Meinung und freie Rede, die Versammlungsfreiheit, das aktive und passive Wahlrecht sind nach langen Kämpfen in einigen Teilen der Welt fest verankert. Aber auch in diesen Gegenden werden Menschenrechte immer wieder beschnitten, vorenthalten, ausgehöhlt oder gänzlich ignoriert. Die ständige Beobachtung von Regierungen, von „ordnenden“ Instanzen wie Kirchen und Religionsgemeinschaften, aber auch von anderen nicht-staatlichen AkteurInnen wie globalen Konzernen soll daher helfen, Menschenrechtsverstößen vorzubeugen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und gegebenenfalls aufzudecken sowie zu beseitigen. Proteste gegen potentielle Gefährder dieser Rechte waren und sind überall dort, wo sie bedroht sind, notwendig. Diese Proteste sind in vielen Teilen der Welt lebensgefährlich.

Im Kampf gegen den Terror steht die Sicherheit den Freiheitsrechten gegenüber. Grundrechte werden zugunsten einer erhöhten Sicherheit eingeschränkt. Hier sind das Recht des Einzelnen und der Nutzen für das Gemeinwohl gegeneinander abzuwägen.

Recht ist nicht statisch, es entwickelt sich ständig weiter. Häufig geschieht dies unter gesellschaftlichem Druck. Dies betrifft sowohl individuelle Rechte als auch das Völkerrecht. Im Rechtsstaat existieren Mittel, wie Demonstrationsrecht, Versammlungsrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, zur Durchsetzung dieser Rechte. Nationale und internationale Instanzen, wie der Verfassungsgerichtshof oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, garantieren sie.

Der Kampf des Einzelnen um sein subjektives Recht ist immer auch ein Kampf um das objektive Recht. Damit gerät zivilgesellschaftliches Engagement in den Fokus der Weiterentwicklung des Rechts. Unter diesem Aspekt ist somit auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bürgerinitiativen, die für diejenigen sprechen, die nicht für sich selbst sprechen können, einzuordnen.

2 Protest von A bis Z – ein Glossar

Anti-Vietnamkriegs-Proteste

Mit zunehmender Dauer des Vietnamkriegs nahm dessen Ablehnung in den USA massiv zu. Die Antikriegsbewegung formierte sich aus den gewaltfreien „civil rights“-Protestbewegungen der 1950er-Jahre und der Antinuklearbewegung. Der heftigste Protest ging von Studierenden aus.

Arenabesetzung

Ab 1975 fand die alternative Veranstaltungsschiene zum Programm der Wiener Festwochen als „Festwochen-Arena“ im ehemaligen Auslandsschlachthof St. Marx in Wien Erdberg statt. 1976 sollte der Gebäudekomplex nach den Festwochen abgerissen werden. Im Juni 1976 wurde der Schlachthof, der als Kultur- und Kommunikationszentrum erhalten bleiben sollte, besetzt. Tausende kamen zwei Monate lang zu Konzerten, Lesungen, Theateraufführungen und zu Diskussionen. Dann wurde der Schlachthof freiwillig geräumt und abgerissen. Im Jahr darauf bemühten sich AktivistInnen um den kleineren Inlandsschlachthof, die heutige Arena.

Mehr dazu: www.protestwanderweg.at/are76/

Avaaz – Die Welt in Aktion

Avaaz, 2007 gegründet, ist die größte Kampagnenseite im Internet, die weltweit BürgerInnen mobilisiert, um auf dringende Krisensituationen auf der ganzen Welt Einfluss zu nehmen und gemeinsam die Lücke zwischen „der Welt, die wir haben, und der Welt, die wir uns wünschen“, zu schließen.

<https://secure.avaaz.org/de/>

Boykott

Sportveranstaltungen, Fußballweltmeisterschaften, Olympische Spiele werden häufig (1972, 1976, 1980, 1984) aus politischen Gründen – als sichtbarer Protest gegen die Politik des die Wettbewerbe ausrichtenden Landes – von einzelnen Ländern oder Staatengruppen boykottiert.

Besetzung

Am 8.12.1984 protestierten ca. 8.000 Menschen bei einem Sternmarsch in Stopfenreuth gegen den Kraftwerksbaubeginn in den Donau-Auen. Mehrere hundert Personen blieben dort und erzwangen die Einstellung der Rodungsarbeiten. Am 19.12. kam es bei einem neuerlichen Rodungsversuch zu Zusammenstößen zwi-

schen ExekutivbeamtInnen und AubesetzerInnen. Am Abend demonstrierten in Wien rund 40.000 Menschen gegen den Kraftwerksbau. Am 21.12. erfolgte der Rodungsstopp und am 22.12. die Verkündung des „Weihnachtsfriedens“ durch Bundeskanzler Sinowatz. Die Besetzung wurde beendet, als der Verwaltungsgerichtshof weitere Rodungen bis zum Abschluss des laufenden Beschwerdeverfahrens für unzulässig erklärte. Heute ist die Hainburger Au Teil des Nationalparks Donau-Auen. Mehr dazu: www.protestwanderweg.at/au/

Campaigning

Eine Kampagne ist eine (Medien-)Aktion, mit der in der Öffentlichkeit Stimmung für oder gegen eine Sache erzeugt werden soll. Dabei kann es um verschiedene politische, soziale oder wirtschaftliche Ziele gehen. Menschen sollen von einer Sache überzeugt werden, damit sie sich aktiv dafür einsetzen. Immer öfter verlagern sich politische Kampagnen in soziale Medien. Große Marktplätze des Internets sind u.a. Facebook und Twitter. Öffentliche Aktivität für thematisch eingegrenzte Projekte wird im Netz gebündelt, Mitstreitende werden gefunden, politische Vorhaben befürwortet oder abgelehnt.

Demonstration

Eine Demonstration ist eine öffentliche politische Meinungsäußerung mehrerer Personen. Sie muss bei der Behörde angezeigt und genehmigt werden. Wichtige Demonstrationen waren etwa am 15.10.1969 in Washington gegen den Vietnamkrieg, 1981 in Deutschland gegen den Nato-Doppelbeschluss oder die zahlreichen Kundgebungen gegen Atomkraft. Jüngere Beispiele sind z.B. die Massendemonstrationen im Zuge des „Arabischen Frühlings“.

Donnerstagsdemonstrationen

An der ersten Donnerstagsdemonstration gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Schüssel nahmen am 24.2.2000 ca. 12.000 Menschen teil. Die nachfolgenden Demonstrationen fanden wöchentlich bis Anfang 2002 auf immer neuen, unangekündigten Routen durch Wien statt. Kritikpunkte waren rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich empfundene Positionen der FPÖ, Entdemokratisierungsbestrebungen, Sozialabbau, Schwächung der Sozialpartnerschaft sowie ÖVP-Positionen zu Abtreibung und Homosexualität.

Die-in

Bei dieser gewaltlosen Widerstandsform legen sich Protestierende auf ein Signal hin. Damit wird ein lebensbedrohender und gefährlich erscheinender Missstand angeprangert.

Dissident/Dissidentin

Darunter versteht man ab den 1970er-Jahren einen öffentlich auftretenden, für die Regierung unbequemen, kritisierenden Oppositionellen im kommunistischen Herrschaftsbereich. Viele Dissidenten und Dissidentinnen wurden bespitzelt, verhaftet und mit Schikanen wie Auftrittsverboten belegt.

Elektronischer Widerstand

Online-Demonstrationen oder virtuelle Sit-ins beabsichtigen Server-Blockaden durch wiederholtes Aufrufen einer bestimmten Homepage. Bei Erfolg ist die entsprechende Webseite unerreichbar oder nur stark verlangsamt abrufbar.

Das Electronic Disturbance Theater gilt als Vorreiter des elektronischen Widerstands.

Friedensmarsch

Vorbild für Friedensmärsche ist der Salzmarsch von Mahatma Gandhi. Vom 1. bis zum 18./19.9.1987 fand der Olof-Palme-Friedensmarsch durch die DDR statt. An dieser drei Länder (BRD, DDR, CSSR) übergreifenden Friedensdemonstration nahmen auch Oppositionsgruppen legal teil.

Mit regional und lokal organisierten und verwalteten Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten fordert(e) die Friedensbewegung in Deutschland im Rahmen der Ostermarschaktionen u.a. die „Abrüstung und Abschaffung von Atomwaffen“, den „Stopp von Rüstungsexporten“ und „mehr Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung“.

Die Initiative „Womans Wage Peace“ rief mit „Frieden ist keine Utopie, er ist ein notwendiges Fundament für das Leben zweier Völker in Sicherheit und Freiheit an diesem Ort“ zum Friedensmarsch für die Konfliktbeilegung zwischen Israel und Palästina auf. Tausende Frauen aus Israel und Palästina sind diesem Aufruf gefolgt.

Filibustern

Die Grünen bedienten sich im österreichischen Parlament einer schon im alten Rom und in den USA üblichen Tradition, durch Dauerreden auf Probleme aufmerksam zu machen oder Abstimmungen zu verzögern. Da es in Ausschusssitzungen des Nationalrats keine automatische Redezeitbeschränkungen gibt, sind sogenannte Marathonreden möglich: z.B. Madeleine Petrovic 1993 (10 h, 53 min.) als Protest gegen die geplante Tropenholzgesetzesnovelle, Karl Öllinger im Mai 2003 im Budgetausschuss gegen die Pensionsreform der damaligen schwarz-blauen Regierung (6 h, 45 min.) und der Budgetsprecher Werner Kogler 2010 gegen das Regierungsbudget für Gerechtigkeit und Erneuerung. Kogler beendete seine Rede nach 12 h, 42 min. am 17.12.2010 um 2 Uhr früh mit: „Das ist eigentlich schon alles, was ich sagen wollte. Das soll's gewesen sein. Wir sind gespannt, ob Sie unsere dargebrachten Vorschläge aufnehmen werden.“

> TIPP METHODE

Es gibt den Vorwurf bzw. die Sorge, dass solche Protestmittel die Politikverdrossenheit innerhalb der Gesellschaft fördern würden.

Diskutieren Sie mit den SchülerInnen Pro- und Kontraargumente zu dieser These.

Femen

Die in der Ukraine gegründete Bewegung „Femen“ will das Patriarchat überwinden. Mit Oben-ohne-Aktionen und mit Blumenkränzen protestieren die Aktivistinnen für Gleichberechtigung (siehe auch S. 12).



Freedom Riders

Bereits 1961 fanden die ersten Freedom Rides (Freiheitsfahrten) statt. Diese Busfahrten über die Grenzen von US-Bundesstaaten hinweg zeigten, dass die Rassentrennung auf Busfahrten und den dazugehörigen Bahnhöfen lediglich formaljuristisch aufgehoben war und faktisch weiter bestand. Die gewalttätigen Angriffe von Weißen auf Schwarze auf den Busbahnhöfen löste durch die mediale Berichterstattung nationale Empörung aus. Dies führte zur Durchsetzung des Gerichtsurteils, das die Rassentrennung verbot.

Generalstreik

Bei einem Generalstreik tritt die gesamte Belegschaft einer Sparte oder einer Region für die Durchsetzung ökonomischer oder politischer Ziele in den Streik. Damit wird ein Großteil des öffentlichen Lebens lahmgelegt.

Friedensbewegung
Mehr dazu auf:

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1982/

ÖSTERREICH
1918plus

Gewaltfreie Aktion

Dazu zählen alle politischen oder sozialen Widerstands- und Auseinandersetzungsformen, die bewusst auf Gewalt verzichten. Eigenes Leiden wird dabei fallweise in Kauf genommen. Siehe dazu z.B. Hungerstreik.

Hashtag

Die Verwendung eines Hashtags ermöglicht die schnelle Mobilisierung im Netz. Auf Twitter & Co. hat sich z.B. nach dem Terroranschlag auf das Pariser Satiremagazin „Charlie Hebdo“ der Hashtag #JeSuisCharlie als Zeichen der Solidarität rapide verbreitet. Die autoritäre Entwicklung des AKP-Regimes etwa, führte auch in der nicht türkischsprachigen Öffentlichkeit zu einer Politisierung über die sozialen Medien. Weltweit am häufigsten geteilt war der Hashtag #Diren (Resist), welcher im Sommer 2013 im Zuge der Gezi-Protteste verwendet wurde. Im April 2017 verwendete die Opposition #Hayır (Nein) gegen das Referendum zur Einführung des Präsidialsystems. Nach dem vom türkischen Präsidenten Erdogan am 8. Mai 2018 in einer Sitzung seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP geäußerten Satz „Sollte unser Volk eines Tages ‚genug‘ sagen, nur dann würden wir zur Seite treten“ teilten mehr als 1,5 Millionen Twitter-NutzerInnen den Hashtag #Tamam (Genug, es reicht), um den Präsidenten zum Rücktritt aufzufordern. Daraufhin formierte sich unter dem Hashtag #Devam (Weiter) eine Gegenbewegung seiner AnhängerInnen, die es auf 94.000 Unterstützende brachte.

Hungerstreik

Mahatma Gandhi trat in den 1930er- und 1940er-Jahren mehrfach in den Hungerstreik, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Ab 1972 setzten die Mitglieder der RAF den Hungerstreik als politisches Mittel zur Verbesserung der Haftbedingungen ein. Zwei Mitglieder starben. Aktuelle Beispiele sind Hungerstreiks, bei denen für den Aufenthaltsstatus, für Familienzusammenführung, gegen drohende Abschiebung, für Grenzübertrittsmöglichkeiten von einem Land in ein anderes oder für bessere Aufenthaltsbedingungen protestiert wird.

Inschriften

O5 steht für eine bekannte österreichische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. 5 steht für den fünften Buchstaben im Alphabet: E; beide Buchstaben zusammen für OE => Ö => Österreich. Am Wiener Stephansdom sind rechts neben dem Riesentor die denkmalgeschützten Zeichen O5 zu sehen. Siehe dazu: www.protestwanderweg.at/widst/

Kabarett

Der Kabarettist Beppe Grillo ist Gründer und Parteivorsitzender der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, die beachtliche Wahlerfolge feiert(e). In Österreich gründete Schauspieler und Kabarettist Roland Düringer am 21.9.2016 die Partei „Meine Stimme G!LT“. Die Liste erreichte die notwendigen Unterstützungserklärungen und kandidierte bei der Nationalratswahl 2017, verfehlte aber die Vierprozenthürde und damit den Einzug ins Parlament.

Kriegsdienstverweigerung

Ein Menschenrecht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen existiert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht. Aus dem Recht auf Gedanken-, Religions- und Gewissensfreiheit (Art. 18) kann es als Ausnahmerecht abgeleitet werden. In Österreich können Personen, die den Dienst an der Waffe ablehnen, einen Ersatzdienst ableisten. In der EU ist die Pflicht zum Militär- und Militäersatzdienst (z.B. Zivildienst) in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt.

Lichtermeer

Am 23.1.1993 versammelten sich, organisiert von SOS Mitmensch, auf dem Heldenplatz in Wien ca. 350.000 Menschen mit Kerzen und Fackeln zur größten Kundgebung der Zweiten Republik, um gegen Fremdenfeindlichkeit und gesellschaftliche Spaltung zu demonstrieren. Auslöser der Protestkundgebung war das „Österreich zuerst“-Volksbegehren der FPÖ. Im Februar 2018 nahmen Tausende mit einem erneuten Lichtermeer Abschied von der verstorbenen Flüchtlingshelferin Ute Bock.

Menschenkette

„Lasst uns einander die Hände reichen und auf dem gemeinsamen Weg voranschreiten: Der ‚Baltische Weg‘ – das ist der Weg Europas, der ‚Baltische Weg‘ – das ist der Weg der Befreiung der letzten Kolonien Europas (...).“ Mit diesem Slogan traten über eine Million Esten, Letten und Litauer 1989 für ihre Unabhängigkeit von Russland ein und bildeten zwischen Reval, Riga und Wilna auf 600 Kilometern die längste je in Europa gebildete Menschenkette. Im April 2018 bildeten KatalanInnen eine Menschenkette vom Dorf Collbato bis zum Gipfel Cavall nahe Barcelona, um für die Freilassung der inhaftierten Anführer der Unabhängigkeitsregierung zu demonstrieren.



Mahnwache

Eine Mahnwache ist eine gewaltfreie Form des Protests, bei der meist schweigend oder in stiller Atmosphäre auf einen Missstand hingewiesen wird. Mahnwachen erinnern häufig an traurige Ereignisse (z.B. Ermordungen), sind aber dezidiert politisch motiviert. Mahnwachen waren eine wichtige Protestform in der DDR. Im Zuge der Ukraine-Krise wurden 2014 in Anlehnung an diese Proteste die so genannten Mahnwachen für den Frieden ins Leben gerufen.

Massenproteste

Mit „Wir wollen nicht in einem Polizeistaat leben“ demonstrierten auf dem Maidan-Platz Hunderttausende der proeuropäischen Opposition in Kiew gegen das ukrainische System unter Präsident Janukowitsch. Schüsse auf die DemonstrantInnen führten letztlich zur Flucht des Präsidenten und zur Machtübernahme durch die Opposition.

In Spanien und Griechenland protestierten die Menschen ab 2010/11 gegen Sparmaßnahmen der Regierungen sowie gegen Banken und Konzerne. Im Mai 2018 gingen in München rund 30.000 Menschen gegen das neue Polizeiaufgabengesetz und einen Überwachungsstaat auf die Straße – befürchtet wurden massive Einschnitte in die Grundrechte, da die Polizei künftig im Gefahrenvorfeld tätig werden und Geheimdienstaufgaben übernehmen kann.

Montagsdemonstrationen

Die ersten Montagsdemonstrationen waren 1989/90 Massendemonstrationen. Sie richteten sich gegen das politische System der DDR.

Ab 2003 fanden Montagsdemonstrationen auch gegen andere Vorhaben wie gegen den Sozialabbau durch Hartz IV, gegen den geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt sowie gegen „Stuttgart 21“ statt. Montagsdemos fanden im gesamten deutschsprachigen Raum auch für Frieden und gegen das Finanzsystem statt. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurden sie von der rechtspopulistischen Pegida wiederbelebt.

Nacktprotest

Am 13.2.2008, dem Internationalen Aktionstag gegen Pelze, setzten TierschützerInnen aus 20 Ländern Aktionen. In Wien kletterten bei Minusgraden TierschutzaktivistInnen vor der chinesischen Botschaft nackt in einen überdimensionalen Käfig, um gegen die Massenproduktion von Pelz in China zu protestieren. Auch die Frauenorganisation Femen protestiert barbusig.

Occupy Wallstreet

Von Nordamerika aus verbreitete sich Occupy weltweit basisdemokratisch mit der politischen Forderung, den Banken- und Finanzsektor stärker zu kontrollieren, um die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern. Aufgrund der guten medialen Vernetzung folgten den Aufrufen am 15.10.2012 in 911 Städten in 82 Ländern Hunderttausende. Die lokalen Camps in Parks (u.a. New York) und vor Banken (z.B. Frankfurt) wurden nach einigen Monaten von der Polizei aufgelöst (siehe auch S. 10).

Omas gegen rechts

Im November 2017 erfolgte die Gründung dieser zivilgesellschaftlichen überparteilichen Initiative auf Facebook, die für den Erhalt des Sozialstaats und gegen neoliberale Tendenzen auftritt. Die Initiative erzeugt eine Gegenbewegung dazu, dass ältere Frauen als kollektive politische Kraft wenig sichtbar sind. Binnen weniger Monate entwickelte sich die Facebookgruppe zu einer sichtbaren politischen Initiative.

Protest

Unter politischem Protest versteht man öffentlich kommunizierten Widerspruch gegen bestimmte Maßnahmen oder das Eintreten für ein bestimmtes Anliegen. Konkreter Protest kennt viele Ursachen, Auslöser, Formen und Verläufe.

www.politik-lexikon.at/protest

Protestlied

Der Protestsong thematisiert soziale oder politische Missstände. Bettina Wegner, Konstantin Wecker, Joan Baez, Bob Dylan oder Wolf Biermann stehen u.a. in dieser Tradition. In Österreich brachte die Gruppe „Schmetterlinge“ gesellschaftskritische Lieder heraus.

Austropop

Mehr dazu auf:

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1985/austropop/

ÖSTERREICH
1918plus

Protestmarsch

Mit dem Salzmarsch von Ahmadabad zum Arabischen Meer protestierte Mahatma Gandhi 1930 gegen das Salzmonopol der Briten und die damit verbundene hohe Besteuerung des im eigenen Land gewonnenen Salzes. Viele folgten Gandhi und begannen mit privater Salzgewinnung. Daraufhin erlaubte die britische Kolonialregierung diese für den Eigenbedarf.

Pulse of Europe

Pulse of Europe ist eine pro-europäische BürgerInnenbewegung, die in ganz Europa aktiv ist. Jeden ersten Montag im Monat gehen die Mitglieder um 14 Uhr in vielen europäischen Städten auf die Straße, um ein Zeichen für ein Europa der Menschenrechte und des Miteinanders zu setzen.

www.pulseofeurope.eu



Radical Cheerleading

Die Protestform aus den USA greift die traditionellen Cheerleadertänze auf und deutet diese politisch um. Radical Cheerleaders performen auf Demonstrationen, bei Festivals und anderen Aktionen mit politischen, zumeist feministischen Botschaften.

Rede

Martin Luther King hielt seine Rede „I have a dream“ am 28. August 1963 vor dem Lincoln Memorial in Washington während des Marsches der Bürgerrechtsbewegung „March on Washington for Jobs and Freedom“.

Revolution

Die beinahe unblutige „Nelkenrevolution“ bezeichnet den Aufstand der Armee in Portugal am 25.4.1974 gegen die herrschende Diktatur des Estado Novo. Sie eröffnete den Weg zur demokratischen Dritten Republik. Den aufständischen Soldaten wurden Nelken in die Gewehrläufe gesteckt.

Im Zuge des ukrainischen Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2004 führte der wechselseitige Vorwurf des Wahlbetrugs der beiden Kontrahenten zu einer Serie von Protesten und Demonstrationen sowie einem geplanten Generalstreik der AnhängerInnen des während des Wahlkampfes vergifteten und schließlich unterlegenen Präsidentschaftsanwärters Wiktor Juschtschenko. Von seiner Wahlkampffarbe abgeleitet, wird sie als unblutige „Orangene Revolution“ oder „Kastanienrevolution“ bezeichnet.

Im Dezember 2010 begannen Proteste gegen die herrschenden autoritären Strukturen im arabischen Raum. Ausgehend von Tunesien, breiteten sich die Aufstände mittels Mobilisierung im Internet schnell aus. Letztendlich erreichten die revolutionären Massenproteste trotz anfänglicher Erfolge kaum eine Besserung der Zustände, und so verkehrte der „Arabische Frühling“ die Menschenrechtssituation teilweise sogar zum Schlechteren.

Sit-in – Sitzstreik

Die Sitzblockade als Mittel des gewaltlosen Widerstands fand den Weg in die breite Öffentlichkeit durch die Studierendenproteste 1968. Inspiriert von Mahatma Gandhi oder Martin Luther King wurde friedlich versucht, auf Missstände aufmerksam zu machen. Auch im Kampf gegen die atomare Rüstung, gegen Atomkraftwerke oder Atommülltransporte (z.B. Castor-Transporte) wurden und werden Sitzblockaden angewendet. Die sitzende Haltung macht den Protestierenden verletzlich und zeigt dessen friedliches Verhalten.

Sezessionsproteste

Nach einem von der spanischen Regierung untersagten und von der Regionalregierung in Katalonien abgehaltenen Unabhängigkeitsreferendum am 1.10.2017, das für die Loslösung von Spanien ausgegangen ist, hat die spanische Regierung die Regionalregierung abgesetzt. Daraufhin formierte sich breiter Widerstand. SezessionsgegnerInnen und -befürworterInnen gingen auf die Straße. Ministerpräsident Carlos Puidgedemont flüchtete nach Belgien, Mitglieder der Regionalregierung wurden verhaftet, ihnen drohen lange Gefängnisstrafen. Die Fronten sind verhärtet, die Proteste dauern an. Mit „Bla, bla, bla, wir wollen sprechen“ protestieren unzufriedene BürgerInnen weiß gekleidet für einen Dialog zwischen Katalonien und Spanien.

> TIPP METHODE

Lassen Sie die SchülerInnen eine Landkarte möglicher Sezessionsbestrebungen in Europa erstellen und in einem Brainstorming überlegen: „Warum werden Sezessionsbestrebungen als Gefahr gesehen?“ Diskutieren Sie „Für und Wider“.

Teach-in

Das bekannteste österreichische Teach-in „Kunst und Revolution“ wurde u.a. von KünstlerInnen wie Günter Brus, Otto Mühl, Peter Weibel, Oswald Wiener organisiert. Es fand am 7.6.1968 im Hörsaal 1 des Neuen Institutsgebäudes in Wien statt. In Österreichs Medien wurde es als „Uni-Ferkelei“ rezipiert (siehe auch S. 11).

Unterschriftensammlung

Unterschriftensammlungen sollen Machthabende auf einen Missstand aufmerksam machen. Sie stellen eine Aufforderung dar, diesen zu beseitigen. Unterschriften können sowohl elektronisch (e-collecting) als auch auf Papier gesammelt werden. So gibt es immer wieder Unterschriftenaktionen zur Abschaffung der Todesstrafe.

> TIPP METHODE

Erarbeiten Sie mit den Schülerinnen und Schülern ein schulpolitisches Anliegen. Formulieren Sie gemeinsam ein Ziel (Diskussions- und Einigungsprozess), skizzieren und präsentieren Sie die notwendigen Schritte zur Umsetzung (Verfassen eines Informationstextes, Organisation einer Informationsveranstaltung, Erstellen einer Unterschriftenliste).

Uni brennt

Die basisdemokratisch organisierte Studierendenbewegung „Uni brennt“ forderte freie Bildung und die Verbesserung der Studienbedingungen. Anlässlich einer Solidaritätskundgebung für Studierende und Lehrende der Akademie der Bildenden Künste erfolgte die spontane Besetzung des Audimax der Universität Wien. Unter Teilduldung der Universitätsleitungen kam es zu europaweiten Solidaritätsbekundungen und Hörsaalbesetzungen. U.a. das Aussitzen der Proteste durch die Politik führte zur Stagnation der Bewegung und schließlich zur polizeilichen Räumung am 21.12.2009 nach einem Rektoratsbeschluss. Anlässlich des Bologna-Gipfels im März 2010 flackerten die Proteste wieder auf.

**V**olksaufstand

Im Oktober 1956 versuchte die ungarische Bevölkerung, sich von der sowjetischen Unterdrückung zu befreien. Der Volksaufstand begann am 23.10.1956 mit einer Großdemonstration in Budapest und endete am 4.11.1956 mit dem Einmarsch der Roten Armee. Kämpfe gab es allerdings noch bis Februar 1957.

Warnstreik

Ein Warnstreik ist eine Arbeitsniederlegung, die Forderungen im Zuge von Verhandlungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen Nachdruck verleihen will.

Widerstand

Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verbreitete ab 1942 sechs Flugblätter mit dem Aufruf zum Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror. Am 18.2.1943 versuchten die Geschwister Scholl das sechste Flugblatt gegen die Kriegspolitik des Dritten Reiches an der Universität München auszulegen. Sie wurden erwischt, an die Gestapo ausgeliefert und zum Tod verurteilt.

WikiLeaks

Das Ziel von WikiLeaks ist es, geheime Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Nach für die

US-amerikanische Regierung problematischen Veröffentlichungen gilt WikiLeaks in den USA als nationale Bedrohung. Obwohl unklar ist, nach welchen Punkten der Whistleblower Julian Assange in den USA angeklagt werden könnte, existiert ein internationaler Haftbefehl gegen ihn. Nach dem Vorwurf der sexuellen Nötigung wurde Assange in London verhaftet. Um sich der möglichen Auslieferung nach Schweden und in die USA zu entziehen, wo ihm im schlimmsten Fall die Todesstrafe droht, flüchtete Assange in die ecuadorianische Botschaft, wo er sich seit 2012 aufhält. Assange verkündete, dass im Falle seines Todes mehr als 2000 Dokumente veröffentlicht werden.

> TIPP METHODE

Lassen Sie die SchülerInnen die Biografie eines Whistleblowers (z.B. Julian Assange, Edward Snowden) recherchieren. Diskutieren Sie die Rechtmäßigkeit von Whistleblowing. Stellen Sie gemeinsam die Auswirkungen auf das Leben der Whistleblower dem Nutzen für die Gesellschaft gegenüber und bewerten Sie die Ergebnisse.

Ziviler Ungehorsam

„Ich wünschte, ich könnte jedermann davon überzeugen, dass ziviler Ungehorsam das angeborene Recht jedes Bürgers ist. Er kann es nicht preisgeben, ohne sein Menschsein preiszugeben. Ziviler Ungehorsam führt niemals zu Chaos und Gesetzlosigkeit. [...] zivilen Ungehorsam zu unterdrücken heißt, das Gewissen in Ketten legen zu wollen. [...]“ (Mahatma Gandhi)

Gesetze oder gesetzesähnliche Vorschriften werden absichtlich übertreten. Gehorsamsverweigerung gegenüber amtlichen und polizeilichen Anweisungen soll staatliches Unrecht oder Korruption gewaltfrei beseitigen. Eine durch die Gesetzesübertretung verhängte Sanktion wird akzeptiert.

Am 1.12.1955 wurde die Afroamerikanerin Rosa Louise Parks in Montgomery, Alabama, verhaftet, weil sie im Bus nicht für einen weißen Fahrgast von ihrem Sitzplatz aufstand. Für den Verstoß gegen die Rassengesetze wurde sie verhaftet und löste so in der Black Community den sogenannten Montgomery-Bus-Boykott aus, der am Anfang der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unter Martin Luther King stand.

> TIPP METHODE

Diskutieren Sie Situationen, die zivilen Ungehorsam herausfordern. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um dies zu rechtfertigen? Suchen Sie Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart.

3 Nationale und internationale Protestbewegungen

3.1 OCCUPY, DER KAMPF GEGEN DAS HERRSCHENDE BANKEN- UND FINANZSYSTEM

„Einige von uns bezeichnen sich als fortschrittlich, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: [...] Es ist an der Zeit, Dinge zu verändern. Zeit, miteinander eine bessere Gesellschaft aufzubauen. [...]“

www.echte-demokratie-jetzt.de/manifest

Occupy war eine von Nordamerika ausgehende weltweite basisdemokratisch organisierte Protestbewegung, deren wichtigstes Anliegen eine stärkere Kontrolle des Banken- und Finanzsektors durch die Politik war. Mit der Verringerung des wirtschaftlichen Einflusses auf politische Entscheidungen sollte auch das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich verringert werden. Auslöser für die Bewegung waren die Finanzkrise von 2007, die Proteste in Spanien 2011/12, der Arabische Frühling und der Aufruf der kanadischen Adbusters Media Foundation. Prominente wie Nancy Pelosi, Michael Bloomberg, Jeffrey Sachs und Joseph E. Stiglitz stellten sich unterstützend hinter die Ziele der Bewegung und befürworteten sie. Der auf Joseph E. Stiglitz zurückgehende Slogan „Wir sind die 99 Prozent“ richtet sich gegen die herrschende Finanzelite. Auch in Deutschland, Nigeria, der Türkei (Occupy Gezi) sowie in anderen Ländern feierte die Bewegung Erfolge. Hunderttausende gingen weltweit in mehr als 900 Städten in 82 Ländern auf die Straßen.



Protesters march past a Capital One bank on their way to Union Square from Bryant Park during Occupy Wall St May Day protests on May 1, 2012 in New York, NY. © Glynnis Jones / Shutterstock.

Ermöglicht wurde diese breite Bewegung durch das Internet und die gut funktionierende mediale Vernetzung. Die Besetzung mit Zelten, die Umbenennung des Zuccoti Park in Manhattan (New York) auf Liberty Plaza Park und die Mitversorgung Obdachloser in den Camps dauerten ungefähr zwei Monate. Danach wurde die Besetzung im Park mit dem Argument desaströser hygienischer Verhältnisse durch die Polizei geräumt.

Wenig später wurden auch andere Camps zerschlagen und die Bewegung gewaltsam zerstreut.

ÖSTERREICH
1918plus

Finanzkrise, Hypo-Skandal und Hypotopia. Mehr dazu auf: www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/2009/

> TIPP MATERIAL



Geiges, Lars: **Occupy in Deutschland.** Die Protestbewegung und ihre Akteure. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, Bd. 9. Bielefeld: transcript, 2014.

> TIPP METHODE

„Wenn ihr uns nicht träumen lasst, lassen wir euch nicht schlafen.“ Unter diesem Motto protestierte die Bewegung „Echte Demokratie jetzt“ ab 15.5.2011 auf dem Platz Puerta del Sol in Madrid (Spanien). Die Jugendproteste richteten sich gegen die Macht der Konzerne, gegen Korruption, steigende Mieten und gegen die hohe Arbeitslosenquote von 40 Prozent bei Spaniens Jugend und weiteten sich 2012 zu Massenprotesten aus.

Die SchülerInnen vergleichen Occupy und die Massenproteste von 2011/2012 in Spanien. Sie recherchieren die jeweiligen Hintergründe.

Gibt es einen Zusammenhang?

Wo erkennen sie Gemeinsamkeiten und wo Unterschiede?

Sie analysieren den Slogan: „Man muss den Menschen helfen, nicht den Banken!“

3.2 STUDIERENDENPROTESTE IM VERGLEICH: 1968 UND 2009/10

Die Geschichte der österreichischen Studierendenproteste kennt zwei „Höhepunkte“: die „Uni-Ferkelei“ vom 7.6.1968 und die „Uni brennt“-Bewegung vom Herbst 2009/10. Während die Aktion der Wiener Künstler Günther Brus, Otto Mühl, Peter Weibel und Oswald Wiener eine bewusste Provokation gegen repressive gesellschaftliche Zustände darstellte und gezielt Konfrontation und Tabuverletzung gegenüber staatlichen und kirchlichen Autoritäten suchte, entstand der Protest der Studierenden 2009/10 spontan aus einer kleinen Demonstration gegen Beschränkungen des offenen Hochschulzugangs an österreichischen Universitäten.

Die „Uni-Ferkelei“ (Oswald Wiener hielt einen Vortrag über Input-Output-Theorie, Peter Weibel eine Brandrede gegen den damaligen Finanzminister Stephan Koren, Otto Mühl peitschte einen verummten Masochisten, Günther Brus urinierte und hatte Stuhlgang auf der Bühne) zog eine Anklage aller Beteiligten nach sich und erlangte als kunstgeschichtliches Ereignis Berühmtheit. Die isolierte Aktion sollte durch Provokation gesellschaftsverändernde Wirkung entfalten.

ÖSTERREICH
1918plus

Protest und Aktionismus in Österreich. Mehr dazu auf: www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1968/oesterreich/

Die Proteste des Jahres 2009 nahmen ihren Ausgang von der gemeinsamen Besetzung der Aula der Akademie der Bildenden Künste durch Studierende und Lehrende anlässlich der bevorstehenden Einführung des Bologna-Systems durch das Rektorat. Eine Solidaritätskundgebung endete in der spontanen Besetzung des größten Hörsaals Österreichs, des Audimax der Universität Wien. Basisdemokratisch organisiert fanden Plena, Arbeitsgruppen und Abstimmungen statt. Die Proteste weiteten sich schnell innerhalb und außerhalb Österreichs aus, teils unter Duldung der oder sogar aktiv unterstützt durch die Universitätsleitungen. In 15 europäischen Ländern kam es zu Solidaritätskundgebungen, oftmals auch zu Hörsaalbesetzungen. Zwischen 30.000 und 60.000 Menschen gingen für eine freie Bildung und verbesserte Studienbedingungen auf die Straße.

Zu den Anliegen der Studierenden kamen bald gesellschaftspolitische Forderungen dazu. Ab November übernachteten im Audimax auch Obdachlose und wurden von den Studierenden mitversorgt. Diese Ausweitung wurde nicht von allen mitgetragen. Die Bewegung stagnierte. Nach 61 Tagen, kurz vor Weihnachten, am 21. Dezember erfolgte eine polizeiliche Räumung des inzwischen nur mehr von 15 Personen besetzten Audimax nach einem Rektoratsbeschluss. Internetseiten, Facebookgruppe, Zeitung lebten weiter und ermöglichten am 11. März 2010 einen international besetzten Gegengipfel unter dem Motto „Gemeinsam Bildungs- und Sozialabbau entgegenzutreten!“ zum Bologna-Gipfel in Wien. Wieder wurden mehr als 10.000 Menschen mobilisiert.

Der Uni-Dialog 2009/10 hatte keine besonderen Auswirkungen, es erfolgten keine maßgeblichen Verbesserungen der Studienbedingungen, der Kampf um die Uni ist eingeschlafen.

> TIPP LINK UND MATERIAL

Demokratiezentrum Wien: 1968 – Protest und Forderungen nach Veränderung.

www.demokratiezentrum.org/themen/demokratieentwicklung/1968ff/1968.html



Heissenberger, Stefan: **Uni brennt.** Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien: Turia & Kant Verlag, 2010.

> TIPP METHODE

Die SchülerInnen analysieren die Ergebnisse der Studentenrevolte 1968 und der Studentenproteste 2009/10. Sie diskutieren diese vergleichend. Zu berücksichtigen sind hierbei Zeitgeist, Regierung und die gesellschaftliche Entwicklung. Reflektiert werden soll die Frage, welche Gründe für die Unterschiede hinsichtlich der Auswirkungen relevant sein können.

3.3 FRAUENSPEZIFISCHE PROTESTBEWEGUNGEN

3.3.1 #NEIN HEISST NEIN

Eine Novelle zum Sexualstrafrecht wurde am 7.7.2015 im österreichischen Parlament beschlossen. Damit soll der Schutz der körperlichen Integrität und der sexuellen Selbstbestimmung im Sexualstrafrecht verstärkt werden. Im §205a StGB „Verletzung der sexuellen Selbst-

bestimmung“ fällt das Erfordernis weg, sich nach einem „Nein“ aktiv gegen Vergewaltigung („unerwünschtem Beischlaf“) zur Wehr gesetzt haben zu müssen. Ein „Nein“ muss reichen! Der in §218 StGB festgehaltene Tatbestand der sexuellen Belästigung wurde durch „*wer eine andere Person durch eine intensive Berührung einer der Geschlechtssphäre zuzuordnenden Körperstelle in ihrer Würde verletzt*“ erweitert und dem „*Was nicht verboten ist, ist erlaubt!*“ Einhalt geboten. Bis dahin wurde den Opfern in einer Täter-Opfer-Umkehr häufig bei unerwünschten Übergriffen „Mitverschuldung durch eigenes Verhalten“ angelastet und in den Fokus der Verhandlung gerückt. Um gegen gesellschaftlich verankerte patriarchal geprägte Geschlechterstereotype, die eine solche Demütigung ermöglichten, vorzugehen, lief vom 26.5. bis 3.7.2015 die „Nein heißt Nein“-Kampagne, bei der über Blog Acht, Twitter und Facebook sowie über die Berichterstattung auf fm4 und diestandard.at verbreitete Postkarten aufzeigten, dass Männer doch zwischen un- und erwünschten Körperkontakten unterscheiden und ein „Nein“ als Widerspruch akzeptieren. Die Behauptung der geschlechtsspezifischen Situationsverknennung sollte entkräftet und damit ein Beitrag zum Abbau patriarchaler Muster geleistet werden.

> TIPP LINK

Konstatzky, Sandra: Sexuelle Selbstbestimmung stärken: Warum die Novelle des Sexualstrafrechts 2015 dringend nötig ist. 19.5.2015.

<http://blog.sektionacht.at/2015/05/sexuelle-selbstbestimmung-staerken-warum-die-novelle-des-sexualstrafrechts-2015-dringend-noetig-ist/>

3.3.2 FEMEN

Die Ideologie der internationalen, 2008 erstmals in der Ukraine in Erscheinung getretenen Frauenbewegung „Femen“ besteht aus Forderungen des Sextremismus, Atheismus und Feminismus. Ihr Slogan lautet „*Mein Körper ist meine Waffe!*“ und der „Sieg“ über das Patriarchat ist eines ihrer Ziele.

Femen versteht sich als spezielle Kraft des Feminismus, die Speerspitze einer militanten Vereinigung und moderne Inkarnation von furchtlosen und freien Amazonen. Femen thematisiert, dass wir in einer wirtschaftlich, kulturell und ideologisch von Männern dominierten Welt leben, in der Frauen ihres Rechts auf Eigentum, insbesondere über ihren eigenen Körper, beraubt sind. Die Funktionen des Frauenkörpers würden patriarchalisch kontrolliert und reguliert; er sei ein Objekt der Aus-

beutung, um Nachkommen in die Welt zu setzen sowie um der Gewinnmaximierung, dem sexuellen Vergnügen und der Pornografie zu dienen. Da die totale Kontrolle über den weiblichen Körper das Schlüsselinstrument für die Unterdrückung der Frau sei, erfolge ihre Befreiung über die Manifestation des Selbstbestimmungsrechts – über ihren Körper. „Sextremismus“ wird von Femen als neuer feministischer Aktionismus beschrieben, mit dem konfrontativ bei Veranstaltungen gegen das bestehende Patriarchat rebelliert wird. Bei ihren Protestaktionen treten Femen mit nackten Brüsten auf, wobei die Brustwarzen abgeklebt werden und die Intimzone verdeckt wird. Forderungen und Kritik werden in schwarzen Lettern auf die nackte Haut geschrieben. Als Kopfschmuck tragen sie Blumenkränze als feminines Symbol („Krone des Heldentums“). Ihrem Selbstverständnis nach demonstriert Sextremismus in seiner reinsten Form die intellektuelle, psychologische und physiologische Überlegenheit feministischer Aktivistinnen gegenüber den „*Kettenhunden des Patriarchats*“. Sextremistische Veranstaltungen repräsentieren das historische Recht von Frauen, wann und wo sie wollen aufzutreten. Sextremistische Protestaktionen bringen Hohn über vulgären männlichen Extremismus, damit einhergehende blutige Körperverletzungen und den Kult des Terrors zum Ausdruck. Sextremismus ist nicht gewalttätig, aber eine hoch aggressive Form der Provokation.

Femen steht zum Prinzip absoluter Offenheit und dem Einsatz maximaler Berichterstattung zwecks größtmöglicher Wahrnehmungsreichweite.

Femen Official Blog, <https://femen.org/>

3.3.2.1 #NOTHEIDISGIRL

Im Jahr 2013 stürmten die Femen-Aktivistinnen Zana Ramadani und Hellen Langhorst die Finalshow der achten Staffel von Germany's Next Top Model. Auf ihren entblößten Brüsten war die Botschaft „*Heidis Horror Picture Show*“ zu lesen.

Hamburger Schülerinnen komponierten Anfang 2018 einen gegen Heidi Klum und ihre Show gerichteten Protestsong, der den Hashtag „#NotHeidisGirl“ der feministischen Gruppe „Vulvarines“ aufgreift. Damit protestierten sie gegen das durch die Show vermittelte Körperbild und den Schönheitswahn. In den sozialen Medien ging das Video rasch viral, musste aber aufgrund von Kritik und Hassposts bald von Youtube entfernt werden.

3.3.3 #METOO

Der Hashtag #MeToo wurde 2006 erstmals verwendet, um afroamerikanische, sexuell missbrauchte Frauen zu bestärken. 2017 ermutigte die Schauspielerin Alyssa Milano nach Vorwürfen gegen den Filmproduzenten Harvey Weinstein sexuell belästigte Frauen zum Hashtag #MeToo, um von eigenen Erfahrungen zu berichten. Der Aufruf löste weltweit emotionale Debatten aus. Auch Männer posteten auf Twitter und Facebook und reflektierten das eigene Verhalten unter #HowIWillChange. Von Hollywood griff die Diskussion um sexuellen Missbrauch u.a. auf Wissenschaft, Politik und Sport über. In nicht englischsprachigen Ländern entstanden Variationen von #MeToo. Unter #balancetonporc (Verpfeif dein Schwein) berichteten Frauen in Frankreich sowie unter #cuéntalo (Erzähl es) Frauen in Spanien von ihren Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen.

Kritik an #MeToo kam auf, als immer mehr Prominente der sexuellen Belästigung bezichtigt wurden, was teils zu Rücktritt, Jobverlust bis hin zum Suizid führte. Die angestoßene ernsthafte Auseinandersetzung sei über das Ziel hinausgeschossen, ein Übersättigungseffekt und die Vermischung von strafrechtlich verfolgbareren Tatbeständen wie sexuelle Nötigung, Vergewaltigung mit harmlos anmutenden Kavaliersdelikten („missglückte Anmache“) eingetreten. Am 9.1.2018 veröffentlichte die Tageszeitung „Le Monde“ einen von rund 100 Frauen aus Medien und Kunst unterzeichneten Brief, der mögliche Gefahren von #MeToo aufzeigt. Zu befürchten sei neben einer „Säuberungswelle“ im Kunst- und Kulturbereich ein totalitäres Gesellschaftsklima durch Denunziation und öffentliche Anschuldigungen, EmanzipationsgegnerInnen würden gestärkt, Puritanismus breite sich aus. Die Freiheit, jemandem lästig zu werden, sei überhaupt erst die Ermöglichungsgrundlage sexueller Freiheit, während #MeToo Frauen in eine passive Opferrolle dränge.

Eine großangelegte Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte zeigt 2014 auf, dass eine von drei Frauen Opfer physischer oder sexueller Gewalt wird. (Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung. Ergebnisse auf einen Blick. Wien: FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2014.) Ein europäisches Instrument zur Bekämpfung dieser Gewalt ist die so genannte Istanbul Convention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Bis Juni 2018 ratifizierten 30 von 47 Mitgliedstaaten diese Konvention.

> TIPP MATERIAL

Villa, Paula-Irene: **Die #MeToo-Debatte**. In: POP. Kultur und Kritik, Vol. 7(1). Bielefeld: transcript, 2018. S. 79-85.

> TIPP METHODE

Skizzieren Sie die Gesetzesveränderungen im Strafrecht hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Frau. Diskutieren Sie in zwei Gruppen die Slogans „Mein Bauch gehört mir“ und „Nein heißt Nein“. Reflektieren Sie die Auswirkungen auf die einzelne Frau und die Gesellschaft im Allgemeinen. Die SchülerInnen präsentieren ihre Überlegungen im Plenum. Diskutieren Sie: „Wären die Gesetzesänderungen von 2015 ohne die gesellschaftlichen Veränderungen der Ära Kreisky denkbar oder ergeben sich diese zwangsläufig aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte?“

Beschreiben Sie den Verlauf der #MeToo-Debatte, rekonstruieren Sie, wann, wo, wodurch motiviert sie ihren Ausgang genommen hat. Erörtern Sie zudem, welche Konfliktlinien sich ausmachen lassen.

Verfahren Sie ebenso mit Femen. Anschließend verfassen die SchülerInnen einen Kommentar, in dem sie ihre Meinung zu Femen darstellen und Position beziehen. Danach werden die SchülerInnenkommentare untereinander ausgetauscht. Jede Schülerin/jeder Schüler verfasst nun unter Berücksichtigung der Forderungen und Grundzüge von Femen einen Leserbrief zum Kommentar der Mitschülerin/des Mitschülers.

Familien- und Frauenpolitik
Mehr dazu auf:
www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1974/

ÖSTERREICH
1918plus

3.4 PULSE OF EUROPE

Die pro-europäische BürgerInnenbewegung wurde Ende 2016 in Frankfurt (Deutschland) gegründet. Sie ist nach eigenen Angaben unabhängig und finanziert sich ausschließlich aus Spendengeldern. Festakte, Kundgebungen, eine Ausstellungstournee sowie weitere Foren und Aktionen sollen eine positive Grundstimmung gegenüber einem vereinten Europa in die Öffentlichkeit tragen. Dabei steht vor allem die BürgerInnenbeteiligung im Zentrum: beispielsweise durch offene Briefe an die Politik oder sogenannte Hausparlamente, bei denen in kleinen Runden Problemstellungen diskutiert und die Ergebnisse dann an Politiker und Politikerinnen weitergeleitet werden.

Pulse of Europe zeichnet sich in erster Linie durch einen positiv besetzten Protestbegriff aus: „Wir Europäer und Europäerinnen müssen unser Schicksal beherzt in die Hand nehmen. Jetzt ist die Zeit, sich einzubringen und aktiv zu werden – nicht gegen, sondern für etwas.“ In Zeiten von Brexit (bevorstehender EU-Austritt Großbritanniens), zunehmender Kritik an der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie hohen Stimmenzuwächsen für rechtspopulistische und EU-kritische Parteien in ganz Europa sticht dieser Ansatz hervor.

Zum Teil werden die politischen Forderungen und Ziele von Pulse of Europe als zu unkonkret kritisiert.

Die überparteiliche BürgerInneninitiative ist in vielen Städten Europas vertreten: in Österreich u.a. in Wien, Linz, Salzburg und Innsbruck. An jedem ersten Sonntag des Monats finden um 14.00 Uhr in den jeweiligen Städten öffentliche Treffen statt. In Deutschland können sich vor allem Menschen für Pulse of Europe begeistern, die den BürgerInnenprotest nicht den ausländerfeindlichen und nationalkonservativen Organisationen wie Pegida (kurz für: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) überlassen wollen.

Es gibt eine Reihe von ähnlichen pro-europäischen Initiativen, wie z.B. das Bürgerforum Europa in Österreich. Die Informations- und Diskussionsplattform wurde 2010 gegründet, um „Europa aktiv mitzugestalten, mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas die europäische Demokratie weiterzuentwickeln und das europäische Bewusstsein in Österreich zu stärken.“

<https://pulseofeurope.eu/de>

www.buergerforum-europa.eu



links: Pulse of Europe-Treffen
auf dem Karlsplatz am 7.5.2017
rechts: Treffen des Bürgerforum Europa
am Europatag, am 9.5.2018
© Pulse of Europe



4 Materialien und Linktipps

Aufstehen zum Protest – Widerstand ohne Gewalt

Der Film zeigt, dass eine Weltveränderung ohne Waffen möglich ist. Im Fokus steht Srdja Popovic, der von der Erlernbarkeit gewaltfreien Widerstands überzeugt, politischen Protest zu seinem Beruf gemacht und das mit Unis kooperierende Institut Canvas gegründet hat. Geboten wird Revolutionsexpertise in Form allgemeinen praktischen Wissens für AktivistInnen mit eigenen Ideen weltweit. Zentrale Themen sind Marketingstrategien, soziale Medien, Humor, Polemik und Ironie, mittels derer diktatorischen Regimen das Fürchten gelehrt wird. Im Unterricht lassen sich mit dem Film Fragen nach Erfolgsfaktoren, Zielsetzungen und der Organisation von gewaltfreiem Widerstand behandeln.

www.planet-schule.de/sf/filme-online.php?reihe=1377&film=9428

„Wir waren so frei ...“

Dieses Internet-Archiv stellt Fotos, Filme und Fernsehsendungen für die Auseinandersetzung mit der Friedlichen Revolution (Mai 1989 bis Dezember 1990) für SchülerInnen der Primar- sowie Sekundarstufe I und II bereit. Die auf dem Portal abrufbaren Zeitdokumente sollen SchülerInnen die Inhalte zugänglich machen sowie weiterführende Texte den zeitgeschichtlichen Kontext herstellen. Es gibt Arbeitsblätter zu den Themenkomplexen „Grenze und Mauer“, „Jugend“, „Hoffnung“, „Parteien und Plakate“, „Stadt und Land“ sowie „Protest“. Die „Stadtrallye“ enthält Anleitungen zur Erkundung Berlins.

www.unterricht.wir-waren-so-frei.de/

Leitfaden für Lehrende:

www.unterricht.wir-waren-so-frei.de/sites/localsite/files/downloads/pdfs/wwwsf-protest-lehrerleitfaden.pdf

Der Weberaufstand von 1844, Ursachen und Verlauf

Auf der SEGU-Seite findet sich unter dem übergeordneten Thema „Industrielle Revolution“ ein ausgearbeitetes Unterrichtsbeispiel zu „Der Weberaufstand von 1844, Ursachen und Verlauf“. Nach einer kurzen inhaltlichen Einführung geht es mit „Das Blutgericht. Lied der Weber in Peterswaldau und Langenbielau“ um Quellenarbeit. Weiterführende Fragen regen die SchülerInnen zur Reflexion an.

<https://segu-geschichte.de/weberaufstand-ursachen-verlauf/>

Erster Wiener Protestwanderweg



Anhand des von Zentrum *polis* mit Martin Auer erarbeiteten Ersten Wiener Protestwanderwegs können Lehrkräfte gemeinsam mit den SchülerInnen Geschichte im öffentlichen Raum nachvollziehen.

Er bietet die Möglichkeit zur Auseinandersetzung damit, wie Menschen sich mit Petitionen, Demonstrationen, Hausbesetzungen und anderen Mitteln für ihre Interessen eingesetzt haben. An Plätzen, an denen erstrittene Errungenschaften im Stadtbild sichtbar sind, wie etwa der Arena, der Rosa-Lila-Villa oder dem Parlament, wurden Tafeln angebracht, die beim Scannen des „mobile tag“ Informationen über die Geschichte des Ortes in Ton, Bild und Schrift aufs Smartphone liefern.

www.protestwanderweg.at

Begleitheft und Material für Lehrkräfte:

www.politik-lernen.at/pww

Medienpaket Protestsongs

In diesem Medienpaket werden mit einer Auswahl von deutschsprachigen Protestsongs vom Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart Themen wie z.B. die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts, Benachteiligung von Frauen usw. behandelt. Es werden Hintergrundinformationen für die Entstehung des jeweiligen Protestsongs geboten sowie seine Einbettung in den öffentlichen Diskurs und Gegenentwürfe innerhalb der Gesellschaft beleuchtet. Das Begleitheft enthält Zusatzinfos, Interpretationshilfen, Lehr-, Lern- und Lösungsvorschläge, die als Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe I bis II zur Verfügung stehen.

Kosten: 7,00 € zzgl. Versandkosten

Lieferzeit: ca. 8-17 Werktage

www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/38930/medienpaket-protestsongs

Österreichische Mediathek | Gedenkjahr 2018

Die Onlineausstellung der Österreichischen Mediathek enthält ein Kapitel mit O-Tönen aus dem Jahr 1968.

<https://www.mediathek.at/gedenkjahr-2018/1968-proteste-aufbruch/1968-international>

Österreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Das Thema „Protest“ wird in vielen Jahreseinträgen implizit und explizit angesprochen, hier eine kleine Auswahl:

Protest jüdischer Schwimmerinnen

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1936/

Metallerstreik zu Beginn des „Goldenen Zeitalters“ der Sozialpartnerschaft

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1960/

Proteste von Prag über Paris bis Palo Alto und im Pazifischen Raum

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1968/

Zwentendorf und die erste Volksabstimmung

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1978/

Friedensbewegung

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1982/

Picknick mit weitreichenden Folgen

www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1989/



Impressum

polis aktuell: Protest, Nr. 6/2018

Herausgeber: Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule, Helferstorferstraße 5, 1010 Wien

T 01/42 77-274 44, service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at

Für den Inhalt verantwortlich: Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule

Autorin dieser Ausgabe: Viviane Drack

Titelbild: Shutterstock, Inc.

Zentrum polis arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung,

Abteilung I/1 [Politische Bildung].

Projekträger: Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte-Forschungsverein

